

Resultate: Fragebogen Nationaler Aktionsplan (NAP) für die Sicherheit von Medienschaffenden

I. Allgemeines

Bei der Umfrage zum NAP für die Sicherheit von Medienschaffenden sind insgesamt 198 Antworten eingegangen: 153 von deutschsprachigen, 34 von französischsprachigen und 11 von italienischsprachigen Teilnehmenden. Der Fragebogen wurde auf der Plattform Formsite erstellt, da diese ein hohes Datenschutzniveau aufweist. Dabei konnten die Teilnehmenden wählen, ob sie den Fragebogen anonym ausfüllen oder ihre Kontaktdaten angeben wollten. Rund 30 antworteten, dass sie am Runden Tisch teilnehmen möchten.

II. Physische oder psychische Angriffe

Von den 198 Teilnehmenden gaben 83 an, sie seien schon einmal physisch oder psychisch angegriffen worden (42 %). In 73 dieser Fälle war der Angriff psychischer und in 10 Fällen physischer Natur.

Von den 73 psychischen Angriffen spielten sich 41 im digitalen Raum ab (56 %). Die übrigen 32 Angriffe ereigneten sich im analogen Raum. Von den Teilnehmenden, die nähere Angaben machten, gab eine grosse Zahl an, dass der Angriff für die Angreiferin bzw. den Angreifer ohne Konsequenzen geblieben sei.

Auszüge aus den Antworten der Medienschaffenden:

- «Drohungen auf Twitter und Facebook (...) mit Nennung meines Wohnortes und körperlicher Merkmale»
- «Einem Zuhörer einer öffentlichen Debatte hat meine Frage nicht gefallen (...), er wurde verbal ausfällig und es endete damit, dass er mich packte.»
- «Strafverfolgungsandrohungen per SMS»
- «Direkt gegen mich gerichtete Beleidigungen in sozialen Netzwerken seit Beginn der Pandemie»
- «Aufkleber mit Beleidigungen wurden an die Tür unseres Gebäudes geklebt.»
- «Sehr derbe Protestmails, die ich teilweise als Hassnachrichten einordnen würde.»
- «Einschüchterung, Bedrohung, Blossstellung. Einforderung von Gegendarstellungen, Druck auf Chefredaktion usw. Bei Recherchen im Umfeld von kriminellen Organisationen oder Banden und Rechtsextremen weit verbreitet.»
- «Morddrohung nach einer Berichterstattung über eine Gerichtsverhandlung über einen bewaffneten Raubüberfall an einer Tankstelle.»
- «Telefonat mit einem Polizisten, der mir gegenüber Gewalt androhte, sollte er mir einmal auf der Strasse begegnen.»
- «Verschwörungstheoretiker haben nach einer Recherche von mir eine personalisierte Kampagne gegen mich gefahren, inkl. Bild, Vollname, Funktion und Arbeitsort. Angriffe per Mail an riesige Verteiler mit Diffamierungen.»
- «Stalking sowohl mit Abwarten vor dem Medienhaus, später dann auch digital mit E-Mail und Telefonanrufen, Polizei konnte nichts unternehmen, weil er mir Zitat «nichts Physisches angetan» hatte.»

- «Mehrere Male haben mich zwei Anwälte von beteiligten Personen angerufen und versucht, mich vom Schreiben abzubringen.»
- «Beleidigende Kommentare in den sozialen Medien (...) ein offensiver Brief von einem Stadtrat, der mich wegen meiner Nationalität beleidigte (ich bin nicht schweizerischer Herkunft).»
- «Der Barmanager wurde unhöflich, weil ich es gewagt hatte, zu schreiben, dass in seinem Lokal Prostitution stattfindet. Ein Verdächtiger wegen Waffenhandels meldete sich in der Redaktion.»

III. Hilfe nach Angriff(en)

Von den 83 Teilnehmenden, die schon einmal physisch und/oder psychisch angegriffen wurden, haben 33 beschlossen, Hilfe zu suchen (40 %).

Diejenigen, die sich entschieden, Hilfe in Anspruch zu nehmen, wandten sich an: die vorgesetzte(n) Person(en), die Chefredaktion, die Anwältin bzw. den Anwalt des Unternehmens, den Rechtsdienst, die Personalabteilung, Kolleginnen bzw. Kollegen, die Polizei, die IT-Abteilung des Unternehmens, eine Psychologin bzw. einen Psychologen u. a. m. Die meisten Teilnehmenden gaben an, ihnen sei dort geholfen worden.

Diejenigen Teilnehmenden, die keine Hilfe gesucht haben, verzichteten aus folgenden Gründen darauf: genügende Massnahmen; kein Bedürfnis oder keinen Wunsch nach Hilfe; keine Hilfe verfügbar; keine Gefahr verspürt; diffuse Drohungen; keine Zeit; nicht gewusst, wo Hilfe holen; keine Lust, darüber zu sprechen; zu mühsam u. a. m.

Von den 198 Teilnehmenden führten 154 an, es gebe in ihrer Organisation keine Bestimmungen bzw. keine Stelle für die Sicherheit der Medienschaffenden.

113 Teilnehmende waren der Ansicht, der Bund oder der Kanton sollte ausserhalb der Polizei eine Anlaufstelle für die Sicherheit der Medienschaffenden anbieten, und zwar aus folgenden Gründen: Gewährleistung der Unvoreingenommenheit; Errichtung einer der Polizei vorgelagerten Anlaufstelle; Möglichkeit, sich ausserhalb des Arbeitsumfelds anzuvertrauen; Beratungsmöglichkeit; Erstellen von Statistiken zur Abschätzung der Tragweite des Phänomens u. a. m.

IV. Entwicklung des Berufs

Die Mehrheit der Teilnehmenden gab an, dass sich die Glaubwürdigkeit ihres Berufsstandes in den letzten Jahren verschlechtert habe, insbesondere aufgrund von sozialen Netzwerken, Wettbewerb, neuen Medien, die den traditionellen Journalismus in Frage stellen, der Polarisierung der Gesellschaft, Fake News im Internet, weniger Meinungs austausch, zunehmendem Sensationalismus, der Coronakrise, wachsender Intoleranz, der Radikalisierung u. a. m.

Nach Angaben der Teilnehmenden ereignen sich in der Schweiz die meisten Angriffe im Netz. An zweiter Stelle folgen schriftliche oder mündliche Drohungen oder Beleidigungen.

Mehr als der Hälfte der Teilnehmenden wurde nie mit rechtlichen Schritten gedroht, wenn sie etwas veröffentlichten oder um eine Veröffentlichung zu verhindern.

Von den 107 Teilnehmerinnen waren mehr als die Hälfte, nämlich 61, der Meinung, dass das Risiko eines Angriffs für Journalistinnen grösser ist als für ihre männlichen Kollegen.

V. Nutzen eines NAP

Von den 198 Teilnehmenden halten 149 einen NAP für die Sicherheit von Medienschaffenden nach dem Vorbild europäischer Beispiele in diesem Bereich für nützlich (75 %).

Argumente für einen NAP:

- Unabhängigkeit von Journalistinnen und Journalisten fördern
- Situation verschlechtert sich
- man kann nie genug für die Sicherheit tun
- Rekursmöglichkeiten haben
- den Fachpersonen Gehör schenken
- vertiefte Abklärungen fördern
- die Bevölkerung für die Arbeit der Journalistinnen und Journalisten sensibilisieren
- eine Hilfestellung für freiberufliche Journalistinnen und Journalisten ohne betriebsinternen Rückhalt bieten

Argumente gegen einen NAP:

- nicht nötig
- keine Extremfälle in der Schweiz
- keine Priorität
- würde nichts nützen
- könnte die Gewalt gegen Journalistinnen und Journalisten in der Schweiz fördern
- Polizei bzw. rechtliche Grundlagen reichen aus
- Journalistinnen und Journalisten sind Bürgerinnen und Bürger wie andere auch
- Journalistinnen und Journalisten haben genügend Möglichkeiten, sich zu verteidigen
- zu vage und nicht zielführend

Auszüge aus den Vorschlägen für konkrete Massnahmen, die in einen NAP aufgenommen werden sollen:

- Rechtsschutz und/oder Rechtsbeistand (17 Nennungen)
- Errichtung unabhängiger Diskussionsräume und Anlaufstellen (15 Nennungen)
- Aufklärung darüber, welche Rolle und welche Aufgaben die Medien für die Bevölkerung wahrnehmen (15 Nennungen)
- Anlaufstelle für die Anzeige / Meldung von Belästigungen und Missbräuchen (7 Nennungen)
- Information der Redaktionen über Systeme zur Filterung / Löschung von Hasskommentaren (5 Nennungen)